

Was ist gerecht?

Gerechtigkeitsbegriff und -wahrnehmung
der Bürger

INHALT

Seite

Vorbemerkung	1
Kritik vor allem an der Verteilungsgerechtigkeit, aber auch an der Chancen- und Generationengerechtigkeit.....	2
Mehrdimensionaler Gerechtigkeitsbegriff	5
Chancengerechtigkeit am wichtigsten	12
Marktwirtschaft und Gerechtigkeit.....	18
Politik verantwortlich für Gerechtigkeit	23
Fazit	37

Vorbemerkung

In Deutschland wird immer wieder und zurzeit verstärkt über soziale Gerechtigkeit diskutiert. In der öffentlichen Diskussion dominiert dabei der Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit, das heißt die Entwicklung der Einkommen und Vermögen in den verschiedenen sozialen Schichten, die soziale Lage der Unterschicht sowie der Beitrag des Sozialstaates und des Steuersystems zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

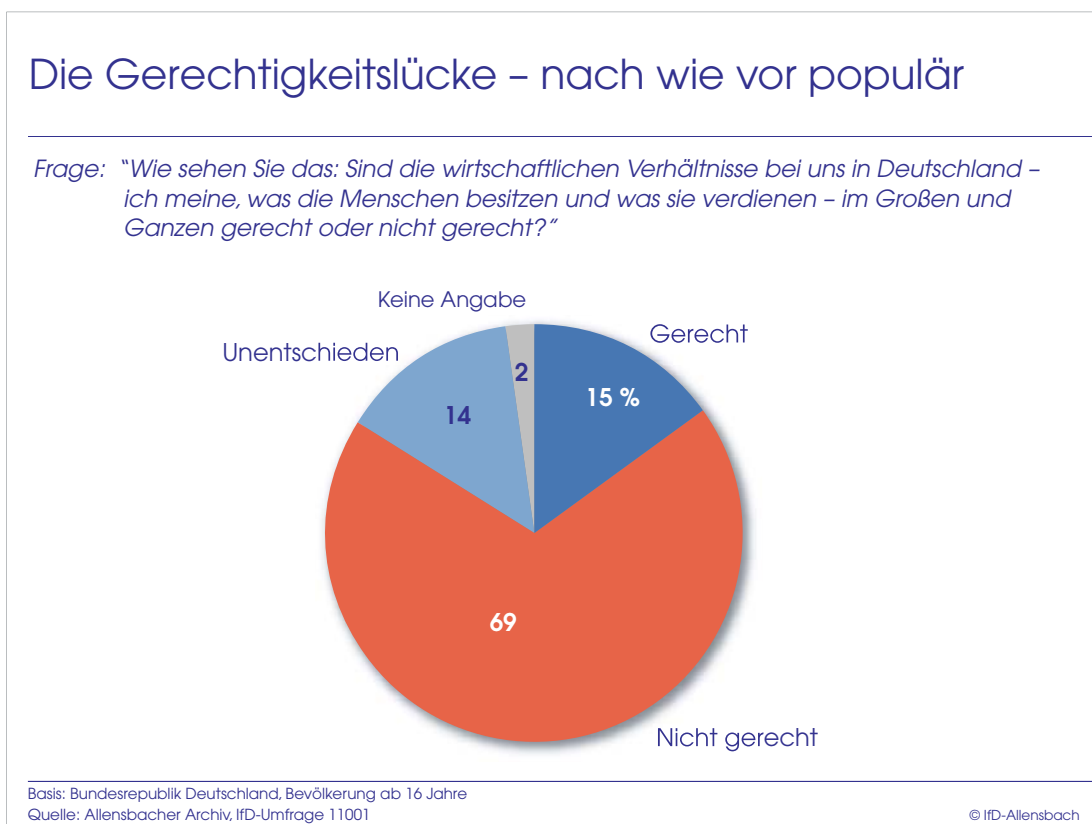
Die öffentliche Diskussion fokussiert sich damit auf einen Teilaspekt von sozialer Gerechtigkeit. Der Gerechtigkeitsbegriff der Bürger ist wesentlich weiter gefasst und schließt die Chancengerechtigkeit genauso ein wie die Leistungsgerechtigkeit, die Generationengerechtigkeit und die Familiengerechtigkeit. Dies belegt eine aktuelle Untersuchung, die das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH für die INITIATIVE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (INSM) durchgeführt hat. Die Untersuchung stützt sich auf zwei Repräsentativumfragen im Dezember 2012 und im Januar 2013.¹ Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung werden im Folgenden zusammengefasst.

¹ Die Untersuchung im Dezember 2012 stützt sich auf insgesamt 1.847 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre, die Untersuchung im Januar 2013 auf 1.653 Interviews.

Kritik vor allem an der Verteilungsgerechtigkeit, aber auch an der Chancen- und Generationengerechtigkeit

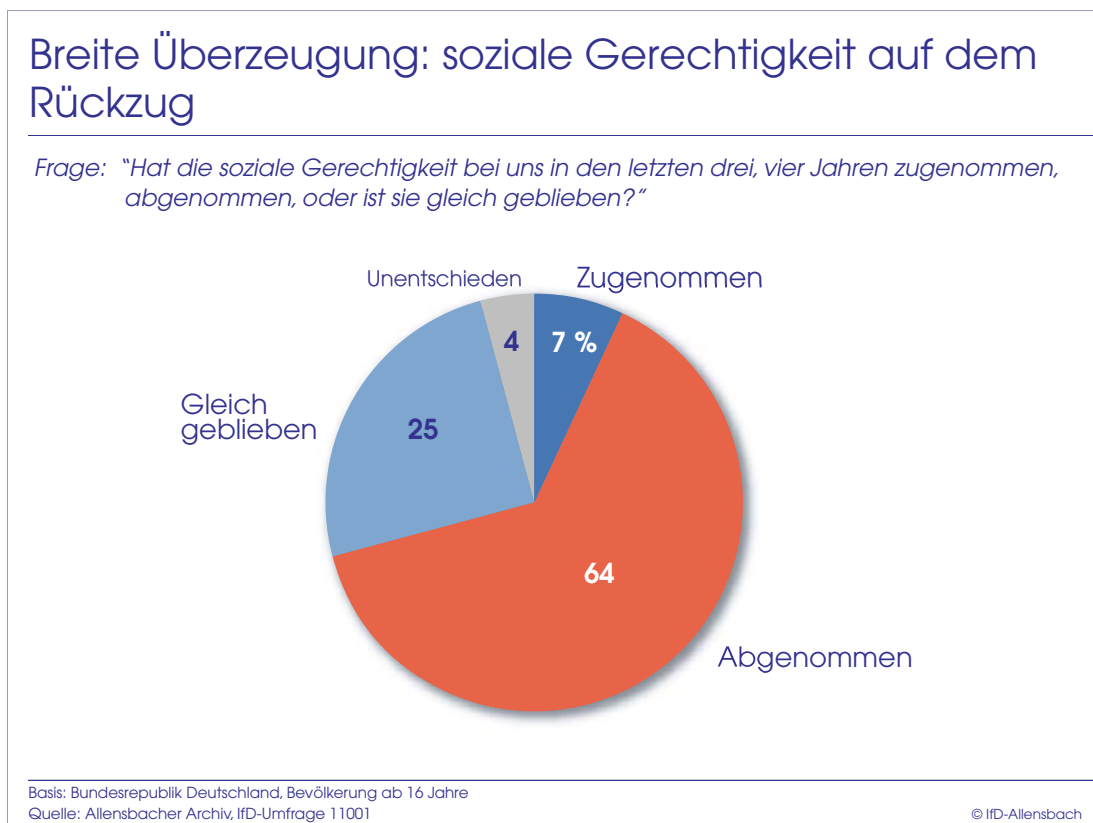
1998 wurde ein Wahlkampf mit dem Leitmotiv der "Gerechtigkeitslücke" geführt und gewonnen. Die überwältigende Mehrheit der Bürger war damals überzeugt, dass die Verteilung der Einkommen und Vermögen in Deutschland nicht gerecht ist. Diese Einschätzung hat sich seither nur wenig verändert. Auch heute sind 69 Prozent der Bürger überzeugt, dass Einkommen und Vermögen nicht gerecht verteilt sind; lediglich 15 Prozent sehen hier keinen Anlass für Kritik. Je besser die eigene wirtschaftliche Situation ist, desto positiver wird der Stand der Verteilungsgerechtigkeit bewertet; doch auch in der Oberschicht sind 58 Prozent der Auffassung, dass Einkommen und Vermögen in Deutschland nicht gerecht verteilt sind, in den unteren sozialen Schichten 77 Prozent.

Schaubild 1



Die große Mehrheit hält nicht nur den aktuellen Stand der Verteilungsgerechtigkeit für unbefriedigend, sondern ist auch überzeugt, dass soziale Gerechtigkeit in Deutschland eher auf dem Rückzug ist. Knapp zwei Drittel der Bevölkerung sind der Auffassung, dass die soziale Gerechtigkeit in den letzten drei, vier Jahren abgenommen hat, lediglich 7 Prozent sehen eine positive Entwicklung.

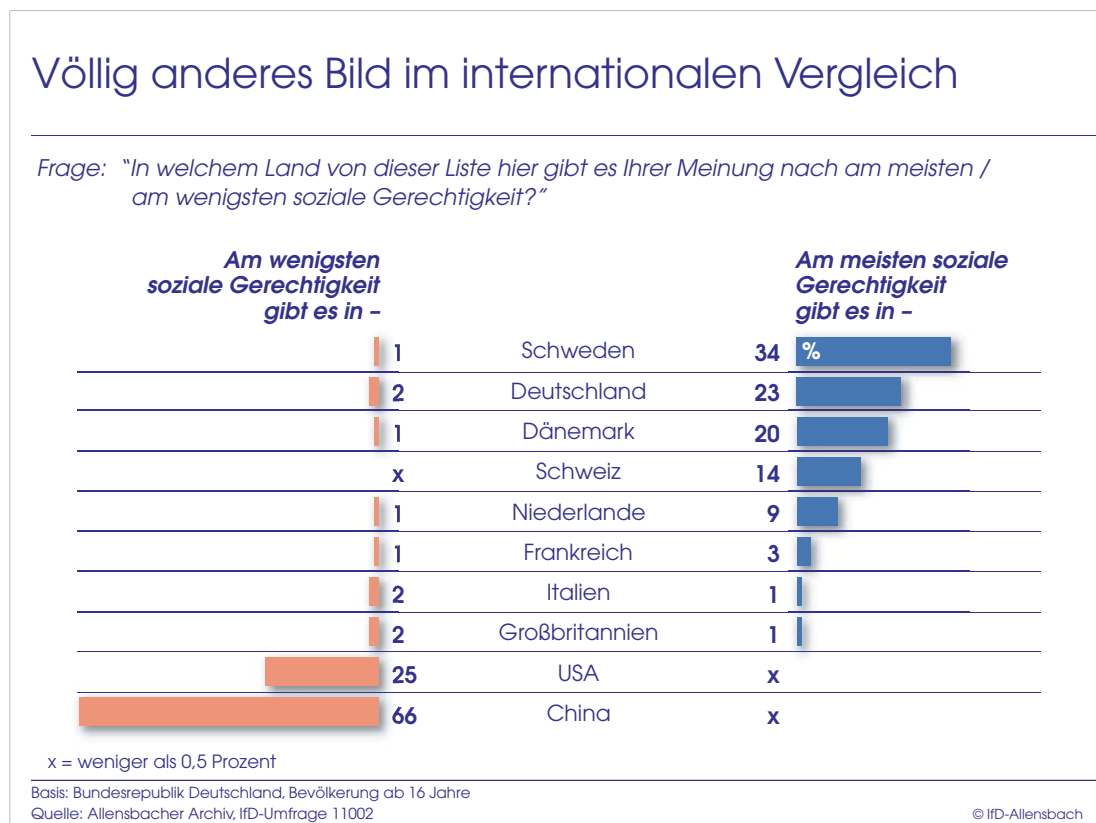
Schaubild 2



Gleichzeitig gilt Deutschland in Bezug auf soziale Gerechtigkeit im internationalen Vergleich jedoch keineswegs als besonders kritischer Fall – im Gegenteil. Am wenigsten soziale Gerechtigkeit gibt es nach Einschätzung der Bürger vor allem in China, teilweise auch in den USA, während Deutschland zusammen mit den skandinavischen Ländern noch mit die beste Bilanz aufweist. 34 Prozent zählen Schweden zu den Ländern, in denen es um soziale Gerechtigkeit am besten bestellt ist, 23 Prozent Deutschland, 20 Prozent Dänemark. Mit großem Abstand folgen die

Schweiz und die Niederlande. Umgekehrt sind zwei Drittel der Bürger überzeugt, dass es in China besonders wenig soziale Gerechtigkeit gibt; jeder Vierte nennt hier auch die USA. Deutschland wird in diesem internationalen Vergleich nur von 2 Prozent der Bürger zu den Ländern gerechnet, in denen es um soziale Gerechtigkeit besonders schlecht bestellt ist.

Schaubild 3



Mehrdimensionaler Gerechtigkeitsbegriff

Soziale Gerechtigkeit ist zunächst ein abstrakter Begriff, der erst im Konkreten fassbar wird und erkennen lässt, was für die Bürger soziale Gerechtigkeit ausmacht und was gegen ihre Gerechtigkeitsvorstellungen verstößt. Sobald die gesellschaftlichen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit an konkreten Beispielen festgemacht werden, zeigt sich, dass die Bevölkerung einen mehrdimensionalen Gerechtigkeitsbegriff hat, der keineswegs nur auf Verteilungsgerechtigkeit ausgerichtet ist.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für die überwältigende Mehrheit beispielsweise konkret, dass man von einer Vollzeitberufstätigkeit auch leben können sollte, ohne staatliche Unterstützung beanspruchen zu müssen. Gleichzeitig heißt soziale Gerechtigkeit für die überwältigende Mehrheit, dass der Staat mit seinem sozialen Netz dafür sorgt, dass niemand in existenzielle Not gerät. Noch höher rangiert das Ziel, allen Kindern gleiche Bildungschancen zu garantieren: Für 90 Prozent ist dies eine wesentliche Facette sozialer Gerechtigkeit. Auch Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt hat für die große Mehrheit mit sozialer Gerechtigkeit zu tun; 68 Prozent verbinden mit sozialer Gerechtigkeit, dass beispielsweise ältere Arbeitnehmer die gleichen Beschäftigungschancen haben wie jüngere Arbeitnehmer. Nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch bei politischen Entscheidungen hält es die große Mehrheit für unabdingbar, dass ein sozial gerechtes System keine Generation bevorzugt oder benachteiligt. Auch die Stellung von Familien mit Kindern hat für die überwältigende Mehrheit mit sozialer Gerechtigkeit zu tun: Zwei Drittel verstehen unter sozialer Gerechtigkeit unter anderem, dass Familien mit Kindern durch den Staat finanziell unterstützt werden.

Auch Verteilungsgerechtigkeit gehört für die Mehrheit zu sozialer Gerechtigkeit, rangiert jedoch interessanterweise niedriger als Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit oder Leistungsgerechtigkeit. 53 Prozent definieren soziale Gerechtigkeit auch über eine Fiskalpolitik, die verhindert, dass die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft nicht größer werden. Deutlich höher rangiert dagegen Leistungsgerechtigkeit: Für 70 Prozent der Bevölkerung ist es eine

wesentliche Komponente sozialer Gerechtigkeit, dass diejenigen, die mehr leisten, auch mehr verdienen.

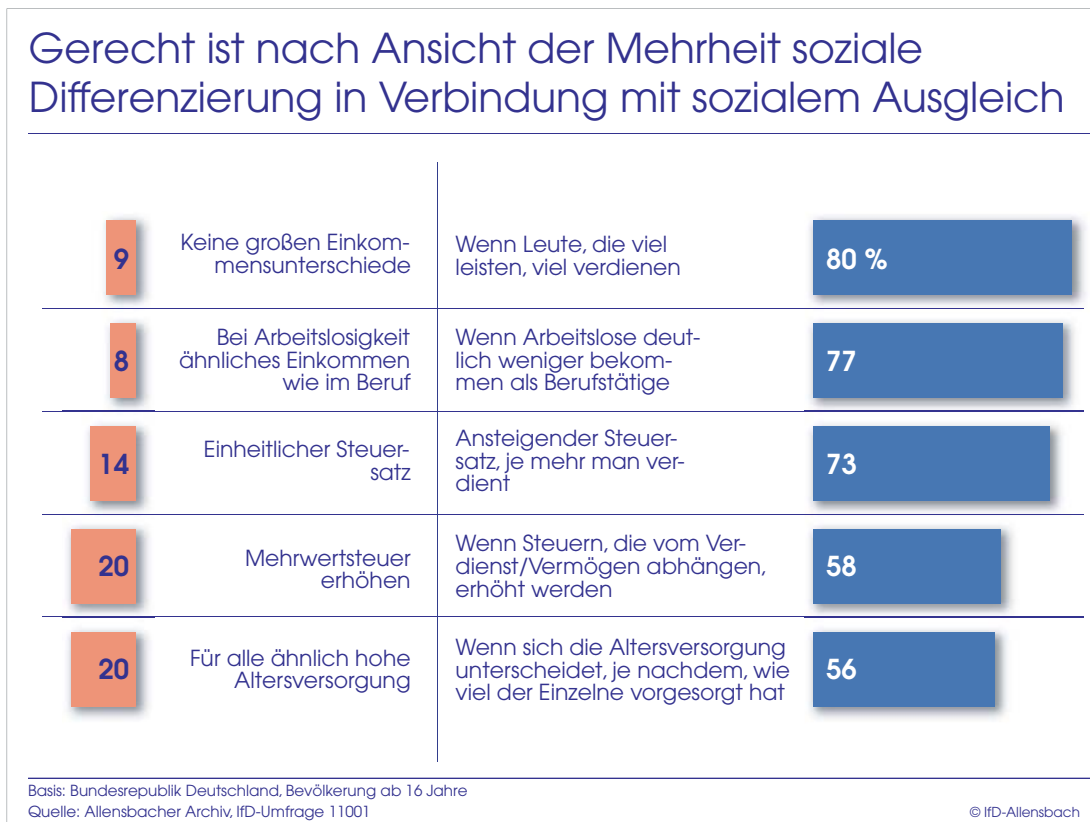
Schaubild 4



Das Gerechtigkeitsverständnis der Bürger ist an sozialem Ausgleich, nicht aber an egalitären Zielen orientiert. Die überwältigende Mehrheit wünscht materielle Differenzierung und empfindet sie als gerecht, wenn sie auf den unterschiedlichen individuellen Leistungen aufbaut. So halten gerade einmal 9 Prozent der Bevölkerung eine Gesellschaft für gerecht, in der es keine großen Einkommensunterschiede gibt. Dagegen entspricht es den Gerechtigkeitsvorstellungen der überwältigenden Mehrheit, dass diejenigen, die viel leisten, auch besonders viel verdienen. Auch die sozialen Sicherungssysteme werden nur dann als gerecht empfunden, wenn sie am Leistungsprinzip festmachen. So entspricht es nur den Gerechtigkeitsvorstellungen einer kleinen Minderheit, wenn die

staatliche Unterstützung für Arbeitslose eine ähnliche Höhe erreicht wie Erwerbseinkommen. Umgekehrt halten es 77 Prozent für gerecht, wenn Arbeitslose materiell deutlich schlechter gestellt sind als Erwerbstätige. Bei der Altersversorgung halten es 56 Prozent für gerecht, wenn die Einkünfte im Alter die unterschiedlichen Vorsorgeaufwendungen widerspiegeln, während nur 20 Prozent eine egalitäre Altersversorgung als gerechter empfinden.

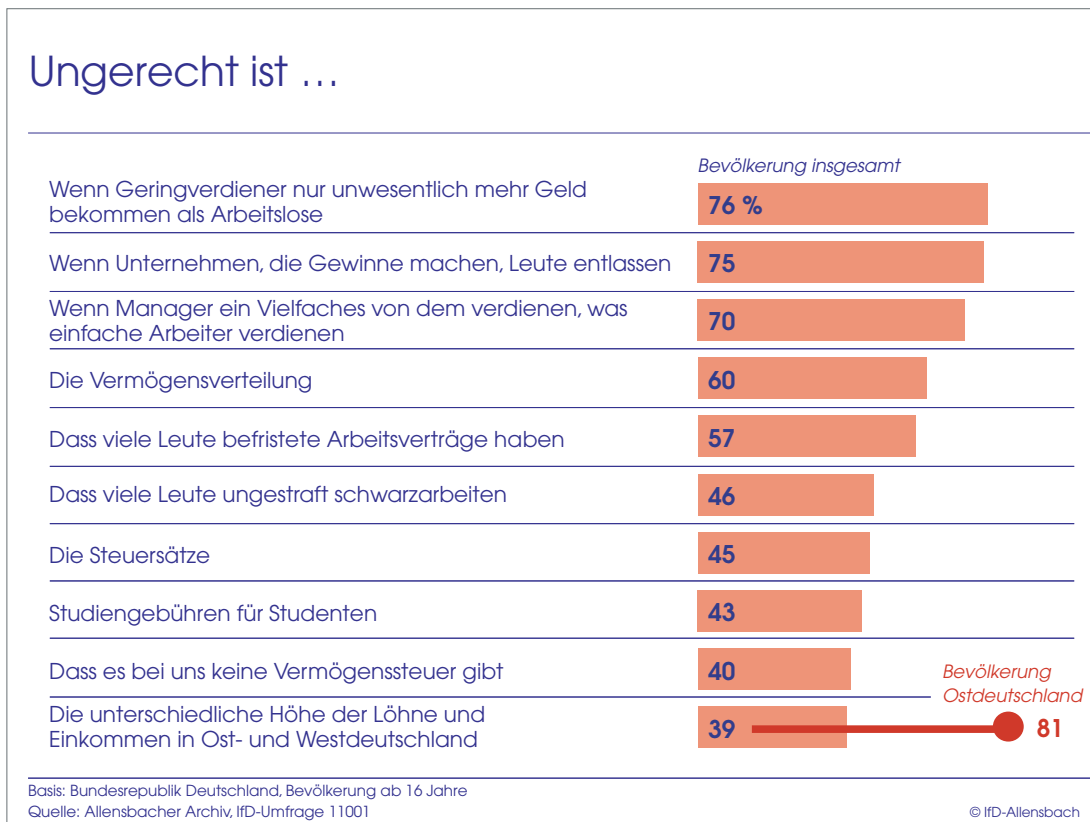
Gleichzeitig ist es für die überwältigende Mehrheit jedoch auch selbstverständlich, dass zu sozialer Differenzierung auch sozialer Ausgleich gehört. Entsprechend sind nicht nur größere Einkommensunterschiede mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der großen Mehrheit kompatibel, sondern auch eine entsprechend unterschiedliche Belastung von Einkommen nach der individuellen Leistungsfähigkeit. Das Prinzip der Steuerprogression entspricht den Gerechtigkeitsvorstellungen der überwältigenden Mehrheit: 73 Prozent halten progressive Steuersätze für gerecht, lediglich 14 Prozent einen einheitlichen Steuersatz. Wenn Steuererhöhungen zur Debatte stehen, hält es die Mehrheit für gerechter, jene Steuern anzuheben, die an der individuellen Leistungsfähigkeit ansetzen, und nicht die Verbrauchssteuern.



Dass soziale Differenzierung prinzipiell gutgeheißen wird und mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger kompatibel ist, bedeutet nicht, dass sie das Ausmaß der realen sozialen Differenzierung gutheißen. Die große Mehrheit ist seit Jahren überzeugt, dass die sozialen Unterschiede kontinuierlich wachsen und ein ungesundes Maß erreicht haben. Für die Zukunft geht die überwältigende Mehrheit davon aus, dass die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten größer werden und befürchtet auch, dass ein Teil der Bevölkerung zurückbleibt und wirtschaftlich und sozial nicht mehr mithalten kann. Entsprechend wird die Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung von der großen Mehrheit als ungerecht empfunden. 70 Prozent empfinden es beispielsweise als ungerecht, wenn Manager ein Vielfaches von dem verdienen, was einfache Arbeiter an Entlohnung erhalten. An der derzeitigen Vermögensverteilung nehmen 60 Prozent Anstoß. Daraus leitet allerdings nur ein Teil auch Kritik an einem Steuersystem ab, das zurzeit nicht an

den Vermögen ansetzt. Während 60 Prozent die Vermögensverteilung in Deutschland für ungerecht halten, widerspricht es nur dem Gerechtigkeitsempfinden von 40 Prozent, dass der Staat zurzeit keine Vermögenssteuer erhebt.

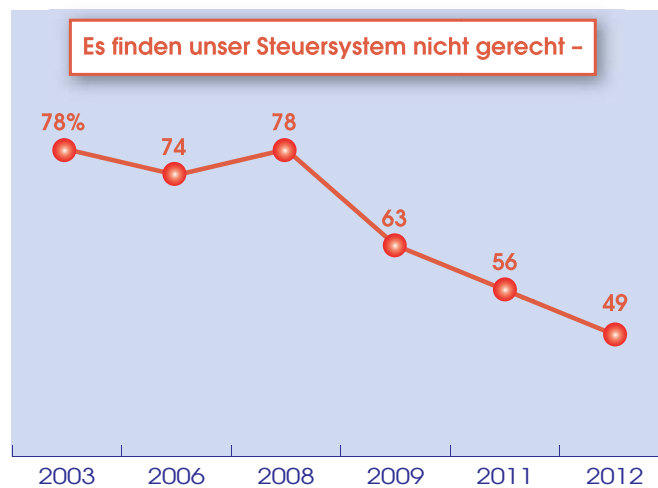
Das Gerechtigkeitsempfinden der großen Mehrheit wird jedoch nicht nur durch eine Spreizung von Einkommen und Vermögen verletzt, die als zu groß wahrgenommen wird, sondern auch umgekehrt durch eine zu geringe Spreizung. An der Spitze der Punkte, an denen die Bevölkerung Anstoß nimmt, steht eine unzureichende Berücksichtigung des Abstandsgebotes. 76 Prozent der Bürger halten es für ungerecht, wenn Geringverdiener nur unwesentlich mehr Geld bekommen als Arbeitslose. Genauso verletzt es das Gerechtigkeitsempfinden der überwältigenden Mehrheit, wenn die Teilhabe an den Erfolgen der Unternehmen beschnitten wird. Schon Ludwig Erhard wies darauf hin, dass die Marktwirtschaft nicht wegen ihrer Freiheitsspielräume akzeptiert und unterstützt wird, sondern aufgrund der Hoffnung und Erfahrung, an den Erfolgen der Marktwirtschaft teilhaben zu können. 75 Prozent der Bevölkerung nehmen Anstoß, wenn Unternehmen Gewinne machen und gleichzeitig Mitarbeiter entlassen. Auch befristete Arbeitsverträge widersprechen dem Gerechtigkeitsempfinden der Mehrheit. Weniger Probleme haben die meisten dagegen mit einer Differenzierung der Löhne und Einkommen in Ost- und Westdeutschland. Hier unterscheidet sich die Perspektive der westdeutschen und der ostdeutschen Bevölkerung jedoch gravierend. Während nur 39 Prozent der Bevölkerung insgesamt an dieser Differenzierung Anstoß nehmen, tun dies in Ostdeutschland 81 Prozent.



Die Differenzierung auf der Belastungsseite, bei den Steuersätzen, empfinden 45 Prozent der Bürger als ungerecht. Dies entspricht weitgehend dem Urteil, das über die Gerechtigkeit des Steuersystems insgesamt gefällt wird. 49 Prozent der Bürger halten unser Steuersystem für nicht gerecht. Dies ist, wie die Trendanalyse zeigt, ein bemerkenswert niedriger Anteil. Bis 2008 schwankte der Anteil der Bürger, die das Steuersystem pauschal als nicht gerecht verurteilten, in der engen Bandbreite zwischen 74 und 78 Prozent. Seit 2008 geht diese Kritik jedoch kontinuierlich zurück: 2009 stuften noch 63 Prozent der Bevölkerung das Steuersystem als nicht gerecht ein, 2011 56 Prozent, Ende 2012 49 Prozent.

Weniger Kritik an der Gerechtigkeit des Steuersystems

Frage: "Einmal ganz allgemein gefragt: Finden Sie unser Steuersystem, so wie es jetzt ist, also die Höhe der Steuersätze, die Steuervergünstigungen usw., alles in allem gerecht oder nicht gerecht?"



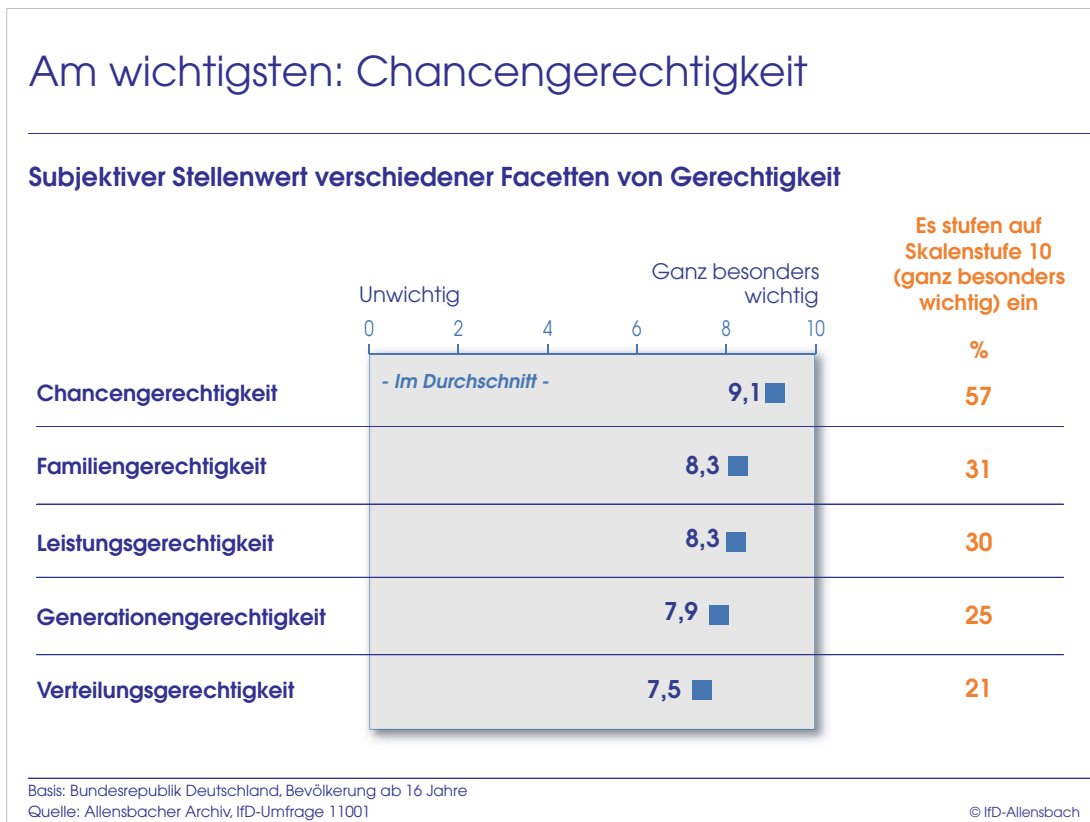
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11001

© IfD-Allensbach

Diese Entwicklung ist erklärungsbedürftig, da sich das Steuersystem in den letzten Jahren nicht von Grund auf verändert hat. Die entscheidende Erklärung liegt in dem wirtschaftlichen Aufschwung, der sich seit 2009 sehr dynamisch entwickelte und vor allem Breitenwirkung entfaltete. Obwohl die Bürger heute weitaus mehr Steuern zahlen als noch 2008, empfinden sie die Steuerlasten als weniger drückend und kritisieren auch das Steuersystem weniger, da sich auch die Einkommen positiv entwickelt haben. Als wie gerecht eine Gesellschaft und speziell auch ein Steuersystem wahrgenommen wird, hängt ganz wesentlich von den Möglichkeiten und dem Empfinden von Teilhabe an den Chancen und materiellen Erfolgen der Gesellschaft ab.

Chancengerechtigkeit am wichtigsten

Der Gerechtigkeitsbegriff der Bürger ist breit und umfasst Chancengerechtigkeit genauso wie Leistungsgerechtigkeit, Familiengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit. Wenn die Bürger selbst eine Rangfolge dieser verschiedenen Dimensionen von Gerechtigkeit herstellen sollen, setzen sie die Chancengerechtigkeit mit Abstand auf den ersten Rang. Gebeten, die fünf Dimensionen von sozialer Gerechtigkeit anhand einer 11-stufigen Skala von 0 (unwichtig) bis 10 (ganz besonders wichtig) zu bewerten, wird Chancengerechtigkeit im Durchschnitt bei der Skalenstufe 9,1 eingestuft. 57 Prozent bewerten Chancengerechtigkeit mit der höchsten Stufe 10, weitere 17 Prozent mit der Skalenstufe 9. Keine andere Dimension von Gerechtigkeit erhält eine annähernd so hohe Bewertung. Auf den Plätzen 2 und 3 folgen Familiengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit, die 31 bzw. 30 Prozent als ganz besonders wichtig (Skalenstufe 10) einstufen, gefolgt von Generationengerechtigkeit, die 25 Prozent für ganz besonders wichtig halten. Auf dem letzten Rang liegt die Verteilungsgerechtigkeit: 21 Prozent stufen eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen als ganz besonders wichtig ein, weitere 13 Prozent auf der Skalenstufe 9.



Die besondere Bedeutung, die die Bevölkerung der Chancengerechtigkeit zumisst, wird auch in ihren politischen Prioritäten deutlich. An der Spitze des Prioritätenkatalogs der Bürger stehen zunächst immer alle Aspekte, die ihre materielle Lage unmittelbar betreffen. Entsprechend werden die politischen Prioritäten zurzeit von den Zielen dominiert,

- die Renten zu sichern,
- die Arbeitslosigkeit weiter zu reduzieren,
- Preisstabilität,
- Sicherung von bezahlbarer Energie,
- Eindämmung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und
- Wahrung des Abstandsgebotes, so dass Arbeitnehmer mehr Geld zur Verfügung haben als Arbeitslose.

Alle diese Ziele werden von 70 bis 80 Prozent der Bürger für besonders wichtig erklärt. Schon auf dem nächsten Rang folgt jedoch die Chancengerechtigkeit, so dass jeder, unabhängig von sozialer Herkunft oder Geschlecht, die gleichen Bildungs- und Berufschancen erhält. 69 Prozent der Bevölkerung halten dies für besonders wichtig; damit liegt der Aspekt der Chancengerechtigkeit auch bei den politischen Prioritäten klar vor Zielen, die Familiengerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit oder Generationengerechtigkeit betreffen. 58 Prozent der Bürger halten es für besonders wichtig, dass junge Familien mit Kindern vom Staat besser gefördert werden, 56 Prozent, dass Einkommen und Vermögen in Deutschland möglichst gerecht verteilt sind und 55 Prozent, dass die Lasten für die sozialen Sicherungssysteme zwischen den verschiedenen Generationen gerecht verteilt sind.

Schaubild 9

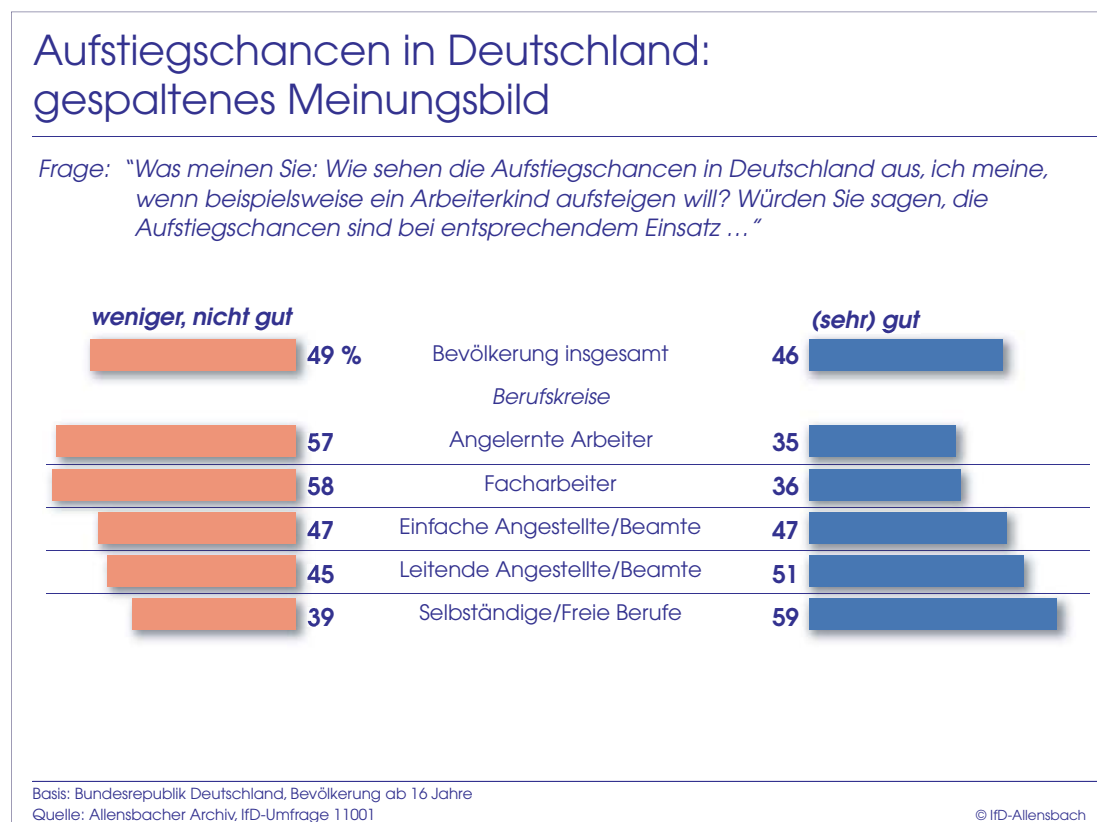
Politische Prioritäten der Bevölkerung	
<i>Frage: "Hier auf diesen Karten sind verschiedene politische Ziele aufgeschrieben. Welche dieser Ziele halten Sie für besonders wichtig?"</i>	
- Auszug -	Bevölkerung insgesamt
	%
Chancengerechtigkeit, dass jeder, unabhängig von sozialer Herkunft oder Geschlecht, die gleichen Chancen bei Bildung und im Beruf hat	69
Dass junge Familien mit Kindern vom Staat besser gefördert werden	58
Dass Einkommen und Vermögen in Deutschland möglichst gerecht verteilt sind	56
Dass die Lasten zwischen den verschiedenen Generationen gerecht verteilt sind, z. B. bei der Rente	55

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11002

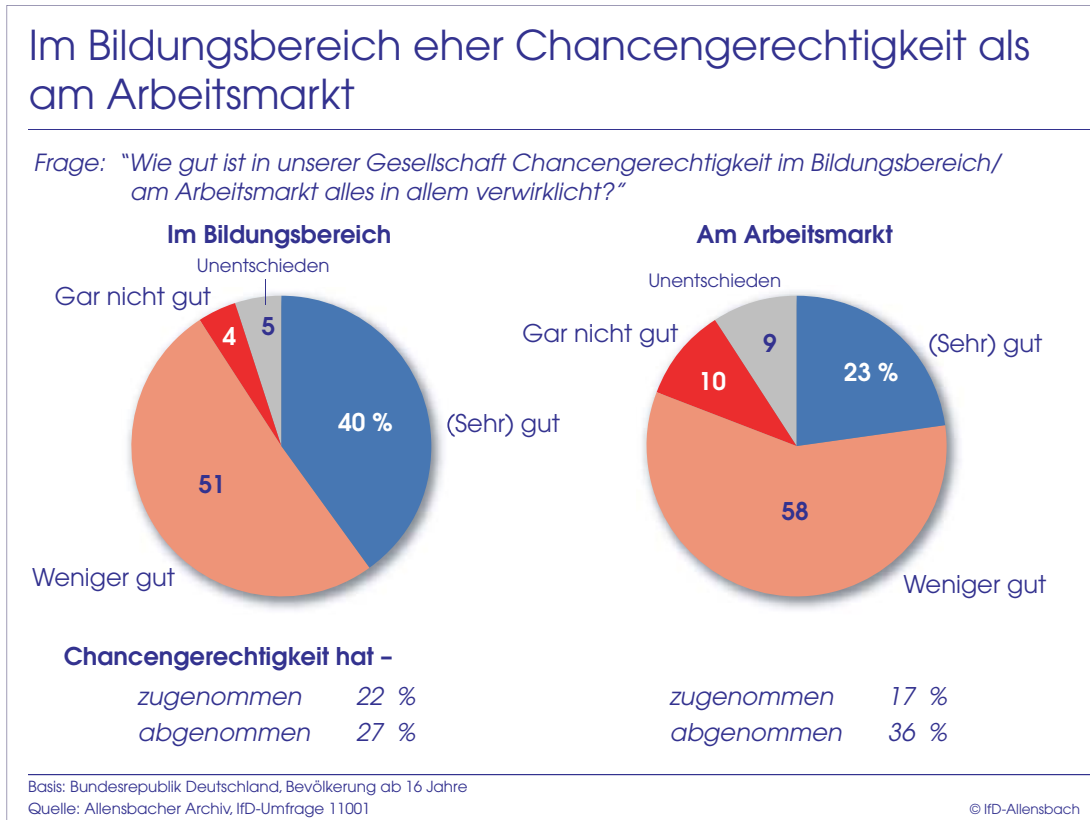
© IfD-Allensbach

Durchgängig zeigen die Ergebnisse die Bedeutung, die die Bürger der Chancengerechtigkeit beimessen. In Bezug auf die reale Chancengerechtigkeit in Deutschland ist das Meinungsbild jedoch gespalten. 46 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass die Voraussetzungen für den Aufstieg eines Arbeiterkindes in Deutschland gut oder sogar sehr gut sind, während 49 Prozent diese Chancen für unzureichend halten. Dabei hängt das Urteil in hohem Maße von der sozialen Schicht und der erreichten beruflichen Position ab. Arbeiterkreise sind hier weit überwiegend skeptisch – und zwar angelernte Arbeiter wie Facharbeiter. 57 Prozent der angelernten Arbeiter, 58 Prozent der Facharbeiter sind überzeugt, dass es um die Aufstiegschancen eines Arbeiterkindes in Deutschland nicht sonderlich gut bestellt ist. Umgekehrt ist die Mehrheit der Selbständigen und freiberuflich Tätigen wie auch der leitenden Angestellten und höheren Beamten überzeugt, dass ein Arbeiterkind in Deutschland gute Chancen hat. In der großen Gruppe der einfachen Angestellten und Beamten halten sich Statusoptimisten und -pessimisten die Waage.

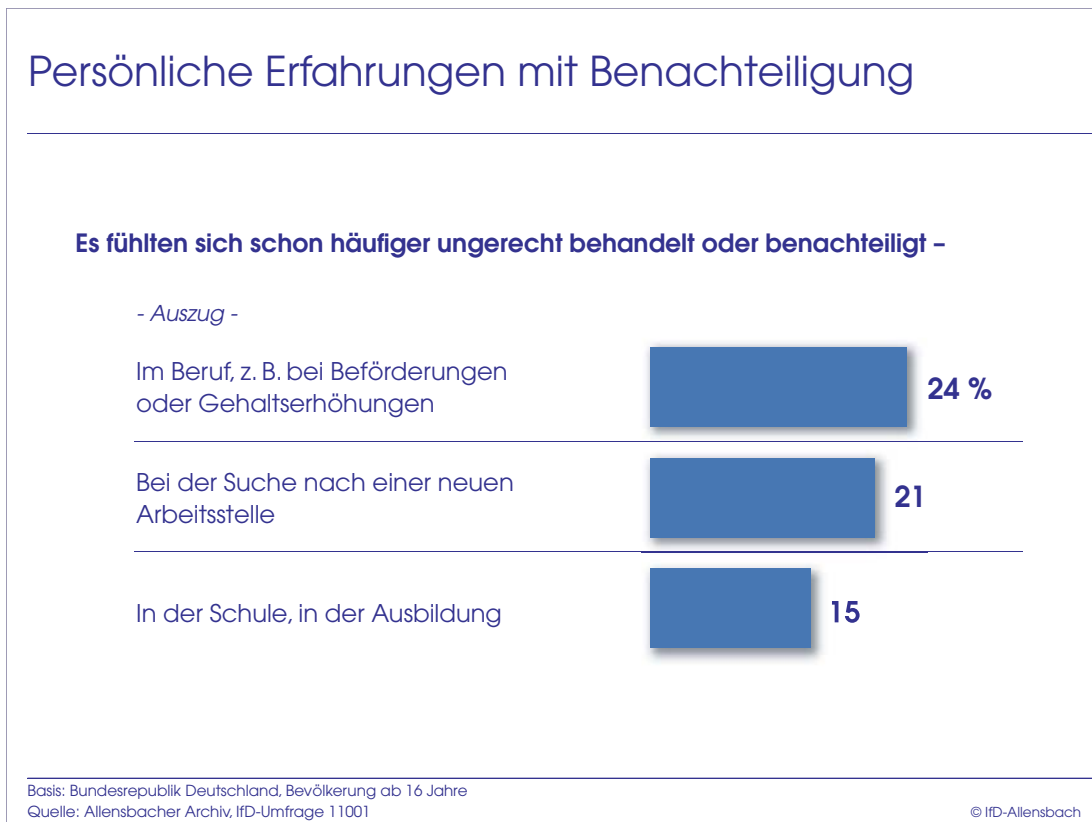
Schaubild 10



Dabei werden die Chancen im Bildungsbereich besser bewertet als auf dem Arbeitsmarkt. 40 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass der Bildungsbereich gerechte Chancen bietet; in Bezug auf den Arbeitsmarkt sind dagegen nur 23 Prozent der Auffassung, dass hier gerechte Chancen gesichert sind. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt entfernt sich nach dem Empfinden vieler auch eher von der Sicherung gleicher Chancen – deutlich mehr, als dies dem Bildungsbereich zugeschrieben wird. So sind 36 Prozent der gesamten Bevölkerung überzeugt, dass die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahren abgenommen hat, während nur 17 Prozent eine positive Entwicklung diagnostizieren. In Bezug auf den Bildungssektor haben 27 Prozent den Eindruck, dass die Chancengerechtigkeit eher abnimmt, während 22 Prozent davon ausgehen, dass es dem Bildungssystem immer besser gelingt, gleiche Chancen zu bieten. Die Bewertung der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt ist bemerkenswert, berücksichtigt man, dass sich die Beschäftigungschancen vieler durch die stabile deutsche Konjunktur der letzten Jahre signifikant verbessert haben. Die öffentliche Diskussion war jedoch in den letzten Jahren in hohem Maße von Themen wie Zeitarbeit, Mindestlöhnen, Geringverdienern und der Debatte über Minijobs geprägt, wodurch sich in der Bevölkerung der Eindruck verfestigt hat, dass auf dem Arbeitsmarkt vieles im Argen liegt, obwohl dort große Erfolge erzielt wurden.



Der Anteil, der persönliche Erfahrungen mit Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt oder im Ausbildungssystem gemacht hat, ist deutlich kleiner. So hat sich ein Fünftel der Bevölkerung schon bei der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle benachteiligt gefühlt, 15 Prozent in Bezug auf das Schul- oder Ausbildungssystem. Das Empfinden, auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt zu werden, hängt in hohem Maße mit der beruflichen Qualifikation zusammen. Von den angelernten Arbeitern hatten bereits 46 Prozent den Eindruck, bei der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle benachteiligt zu sein, von den Facharbeitern jeder Vierte, von den leitenden Angestellten dagegen nur jeder Elfte.

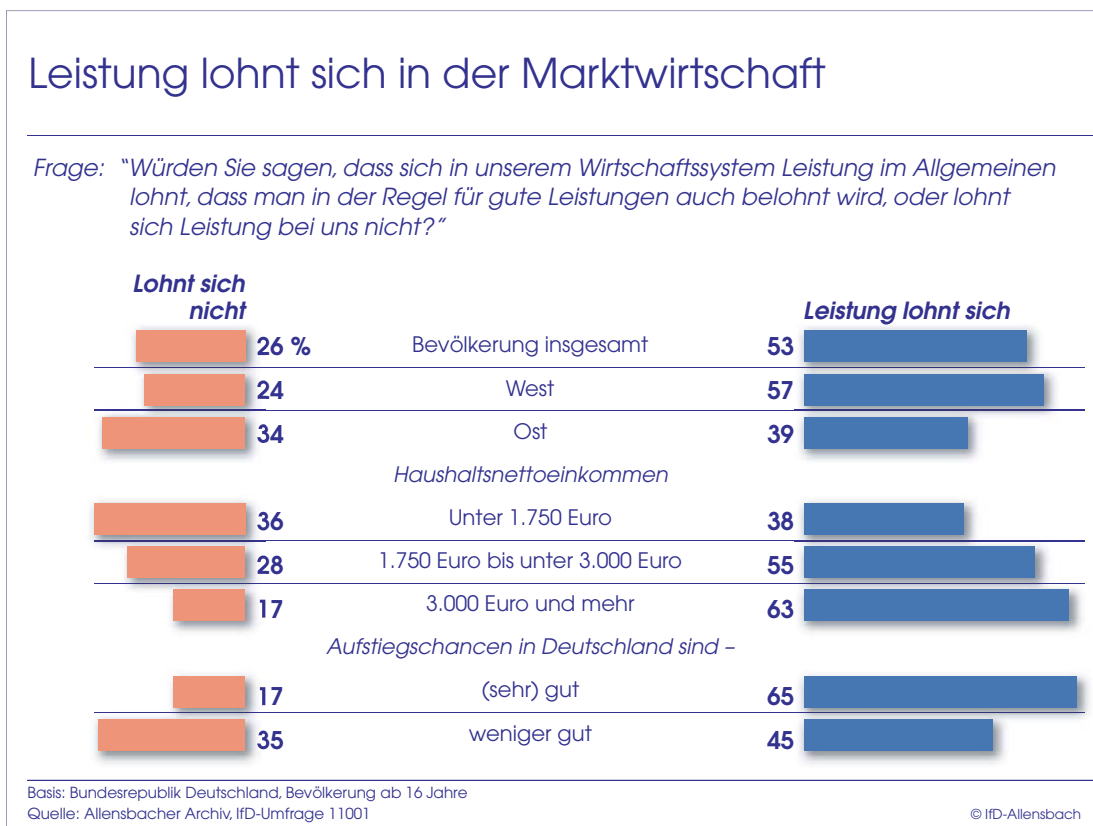


Marktwirtschaft und Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit kann nach Überzeugung der großen Mehrheit weder durch die Wirtschaft noch durch die Gewerkschaften, auch nicht durch das Wirtschaftssystem sichergestellt werden, sondern vor allem durch die Politik. Zwar attestiert die Mehrheit der Marktwirtschaft, dass sie zumindest Leistungsgerechtigkeit sicherstellen kann. 53 Prozent sind überzeugt, dass sich in diesem Wirtschaftssystem Leistung im Allgemeinen lohnt, nur jeder Vierte widerspricht. Auch hier zeigt sich wieder der enge Zusammenhang zwischen dem eigenen wirtschaftlichen Erfolg und dem Zutrauen, dass das System der Marktwirtschaft Leistungen honoriert. Davon sind vor allem die Bevölkerungskreise mit durchschnittlichen und

überdurchschnittlichen Einkommen überzeugt, während das Meinungsbild in den unteren Einkommensschichten gespalten ist. Auch West- und Ostdeutschland unterscheiden sich in dem Zutrauen, dass die Marktwirtschaft Leistungsgerechtigkeit sicherstellt. In Westdeutschland ist davon die große Mehrheit überzeugt, in Ostdeutschland lediglich 39 Prozent. Auch mehr als zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung steht die ostdeutsche Bevölkerung dem Wirtschaftssystem distanzierter gegenüber als die westdeutsche Bevölkerung.

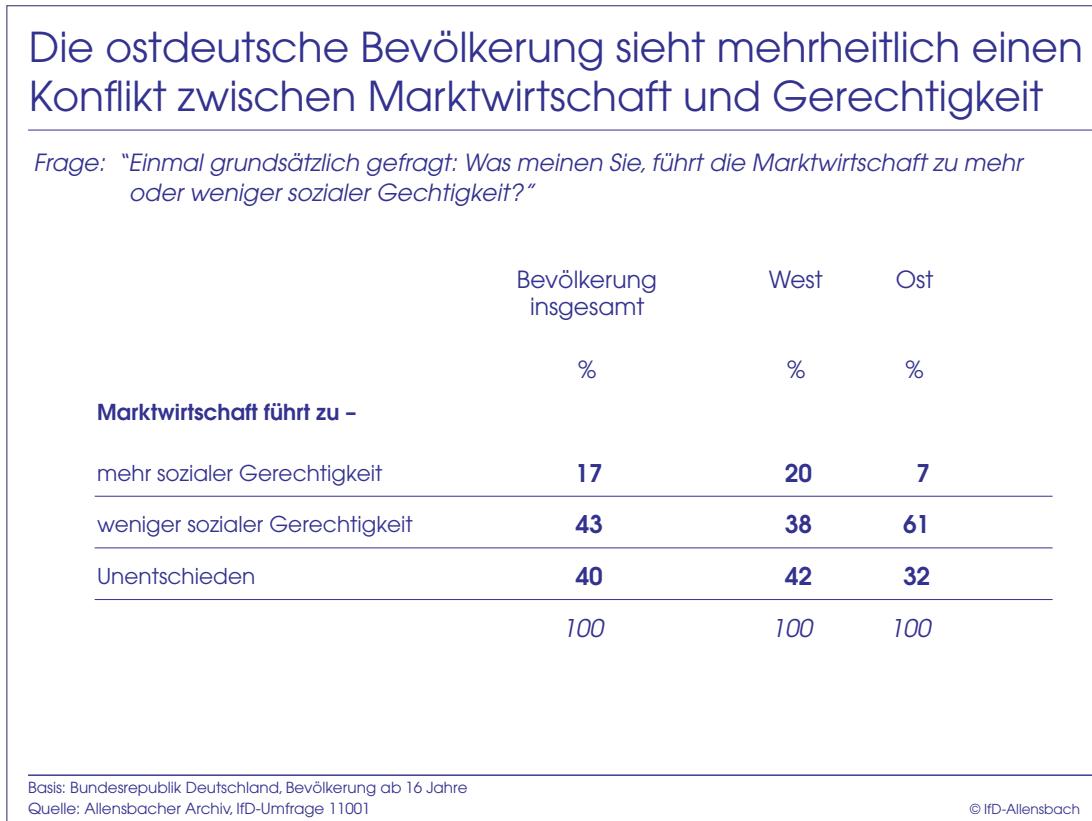
Schaubild 13



Dies zeigt sich auch besonders ausgeprägt bei der grundsätzlichen Einschätzung, ob ein freies Wirtschaftssystem zu mehr oder weniger sozialer Gerechtigkeit führt. Insgesamt sind nur 17 Prozent der Bürger überzeugt, dass die Marktwirtschaft automatisch zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt, während 43 Prozent davon ausgehen, dass ein freies Wirtschaftssystem eher dem Ziel sozialer Gerechtigkeit

entgegensteht. In Westdeutschland glauben dies 38 Prozent, in Ostdeutschland dagegen 61 Prozent.

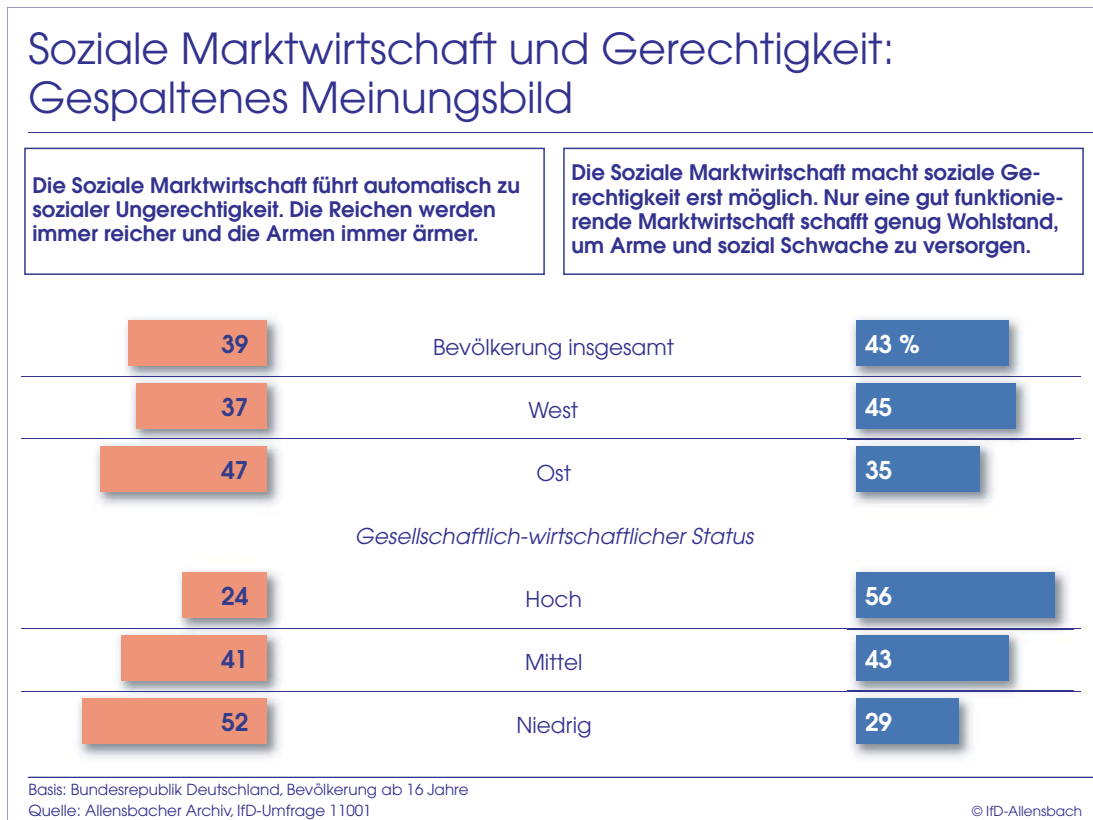
Schaubild 14



Das Meinungsbild verändert sich, wenn diese Frage mit Argumenten streitig gestellt wird. Wenn argumentiert wird, dass die Soziale Marktwirtschaft sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit überhaupt erst möglich macht, da sie den Wohlstand schafft, der die Basis für ein funktionsfähiges soziales Netz bildet, schließen sich 43 Prozent der Bürger diesem Argument an. 39 Prozent bleiben dagegen bei der Überzeugung, dass auch die Soziale Marktwirtschaft automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit und zu wachsenden sozialen Unterschieden führt. Auch hier ist die Perspektive der verschiedenen sozialen Schichten völlig unterschiedlich. In den unteren sozialen Schichten ist die Mehrheit überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft automatisch die soziale Spreizung und Ungerechtigkeiten

vergrößert, während die Mehrheit der oberen Schichten die Soziale Marktwirtschaft als Voraussetzung für sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit sieht.

Schaubild 15



Grundsätzlich lassen sich beide Positionen gut begründen. Freie Wirtschaftssysteme führen in der Regel zu einer wachsenden sozialen Differenzierung, die aber durchaus von einem wachsenden Wohlstand aller sozialen Schichten begleitet sein kann – und oft auch begleitet wird. Diese Entwicklung ist in den letzten Jahren auch in Deutschland zu beobachten. Die Einkommenssituation und das Vermögen der oberen 20 Prozent wachsen überproportional; gleichzeitig verzeichnen die Mittel- und Unterschicht im Durchschnitt Wohlstandsgewinne. Dies versöhnt die Mehrheit allerdings nicht mit einer wachsenden sozialen Differenzierung. 57 Prozent der Bürger halten es für ein großes Problem, wenn in einem Land der Abstand zwischen der Oberschicht einerseits und der Mittel- und Unterschicht andererseits größer wird.

Lediglich 36 Prozent haben damit kein Problem, wenn der Lebensstandard der unteren und mittleren Schichten zufriedenstellend ist. Interessanterweise geht die Überzeugung, dass wachsende Unterschiede bei der Einkommens- und Vermögenssituation generell bedenklich sind, quer durch alle sozialen Schichten.

Schaubild 16

Unbehagen über wachsende soziale Differenzierung				
<i>Frage: "Hier unterhalten sich zwei darüber, wie sie die Unterschiede zwischen Arm und Reich sehen. Welchem der beiden würden Sie eher zustimmen?"</i>				
	Bevölkerung insgesamt	Gesellschaftlich-wirtschaftlicher Status		
		hoch	mittel	niedrig
	%	%	%	%
"Ich halte es für ein großes Problem, wenn in einem Land der Abstand zwischen der Oberschicht einerseits und der Mittel- und der Unterschicht andererseits immer größer wird."	57	54	58	56
"Das sehe ich anders. Ich halte es nur dann für ein Problem, wenn es den unteren Schichten nicht gut geht. Wenn Unter- und Mittelschicht gut leben können, sind wachsende soziale Unterschiede in meinen Augen kein Problem."	36	40	36	31
Keine Angabe	7	6	6	13
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11002

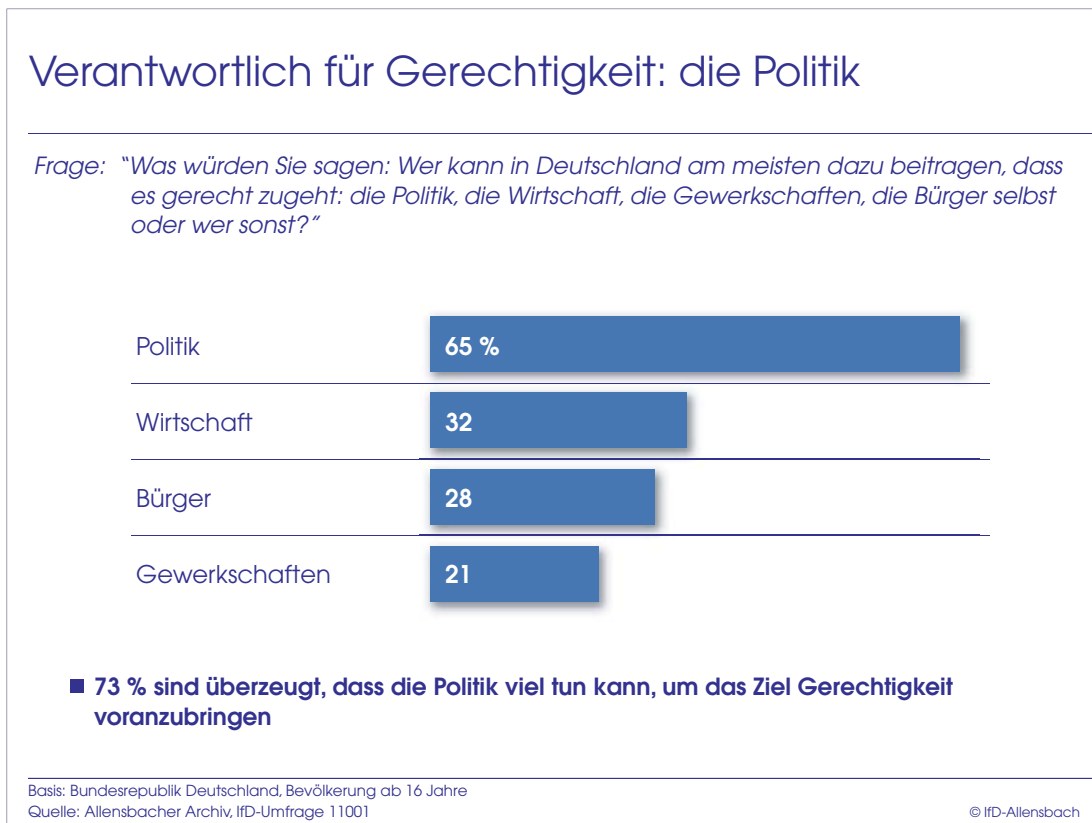
© IfD-Allensbach

Das Unbehagen über die wachsende soziale Differenzierung führt keineswegs zu einer Ablehnung des Wirtschaftssystems. Die Bürger sehen nicht das Wirtschaftssystem und die Unternehmen in der Verantwortung, soziale Sicherheit sicherzustellen, sondern die Politik. Aufgaben der Wirtschaft und des Wirtschaftssystems sind der wirtschaftliche Erfolg, Wachstum und die Schaffung von finanziellen Spielräumen, die es wiederum erlauben, sozialen Ausgleich zu realisieren. Dieser soziale Ausgleich ist jedoch nach Überzeugung der großen Mehrheit Aufgabe der Politik.

Politik verantwortlich für Gerechtigkeit

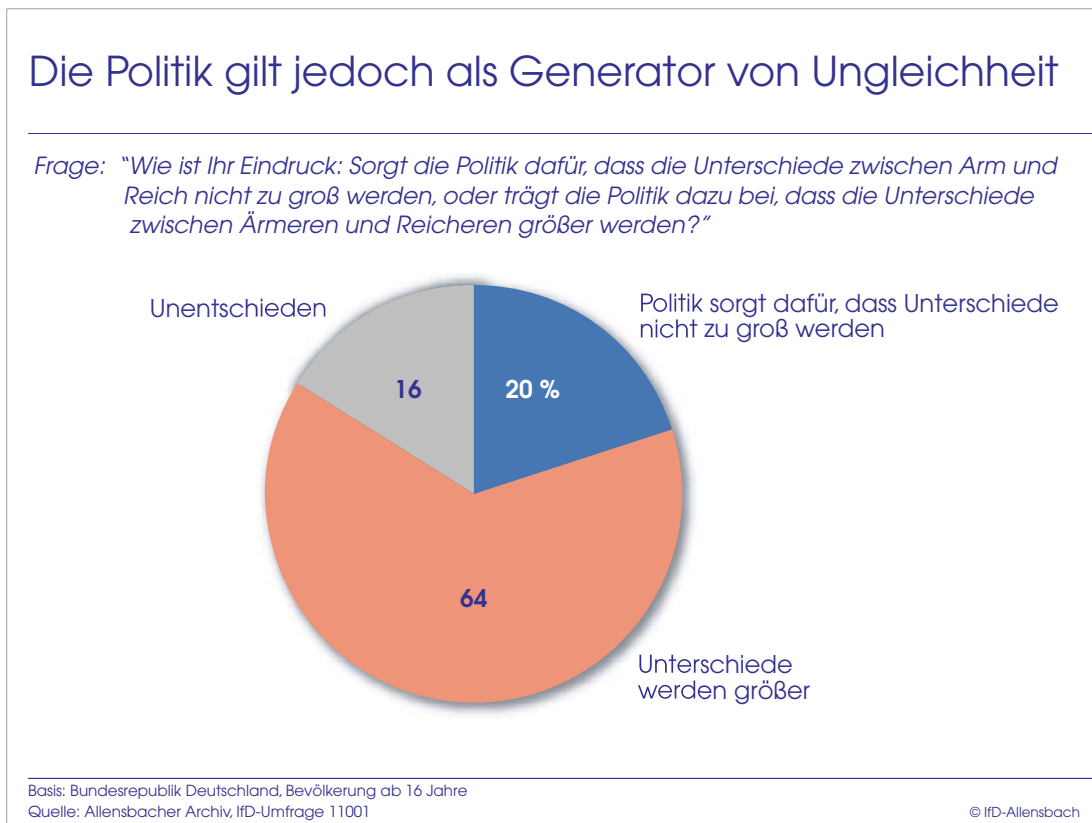
73 Prozent der gesamten Bevölkerung sind überzeugt, dass die Politik viel tun kann, um den sozialen Ausgleich und die Gerechtigkeit in der Gesellschaft voranzubringen. Wenn zur Diskussion gestellt wird, wer am meisten für Gerechtigkeit tun kann – die Politik, die Wirtschaft, die Gewerkschaften oder die Bürger selbst – führt die Politik mit großem Abstand: 65 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass vor allem die Politik einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit leisten kann. Mit großem Abstand folgen die Wirtschaft (32 Prozent), die Bürger und die Gewerkschaften.

Schaubild 17



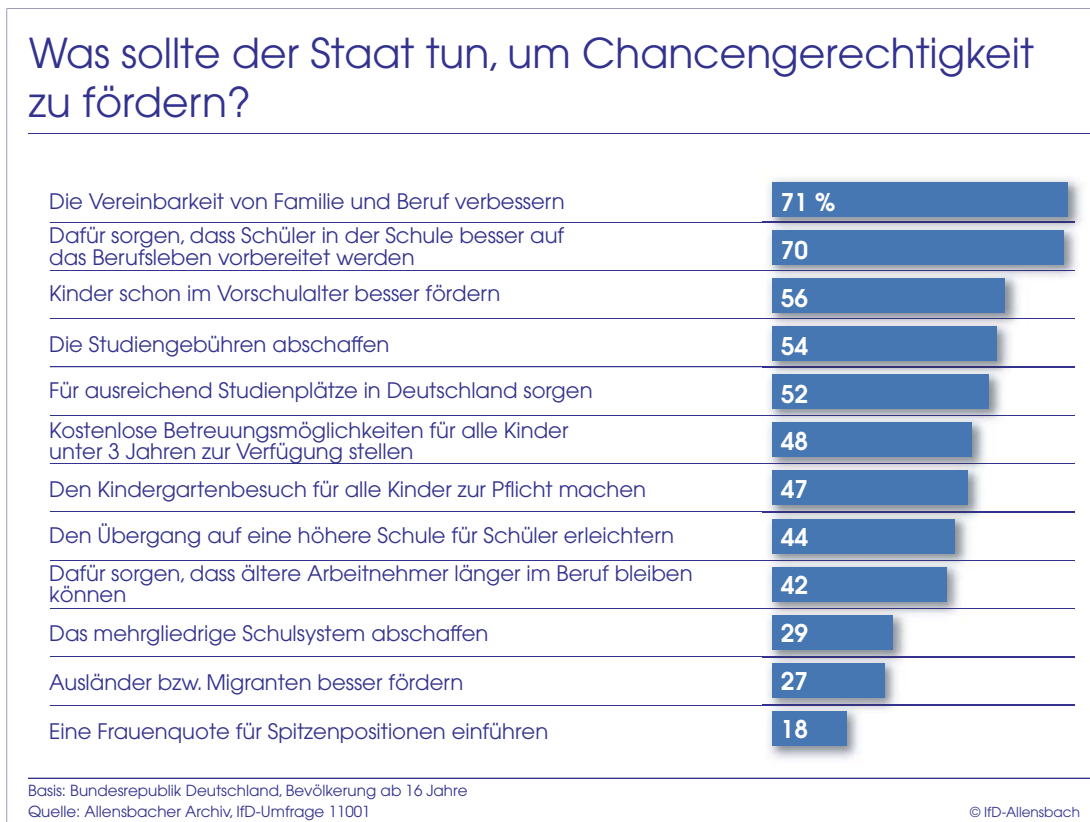
Durch Steuern und Sozialausgaben werden in Deutschland enorme Summen umverteilt. Trotzdem ist die Bevölkerung überzeugt, dass die Politik eher zur Vergrößerung sozialer Unterschiede beiträgt, als sie abzumildern. 64 Prozent sehen die Politik als einen Motor der wachsenden Ungleichheit, lediglich 20 Prozent attestieren ihr, dass sie dafür sorgt, dass die Unterschiede nicht zu groß werden. Dies ist keine neue Haltung der Bevölkerung. Schon in den 90er-Jahren und auch im vergangenen Jahrzehnt war die große Mehrheit überzeugt, dass die Politik eher Ungleichheit befördert als sozialen Ausgleich. Da die große Mehrheit von wachsenden sozialen Unterschieden ausgeht und zugleich die Politik als Hauptverantwortlichen für die Entwicklung der sozialen Differenzierung sieht, wird sie trotz der enormen Umverteilungsmaßnahmen verantwortlich gemacht.

Schaubild 18



Die große Mehrheit hat auch sehr klare Vorstellungen, was der Staat tun könnte, um auf den verschiedensten Feldern Gerechtigkeit voranzubringen. In Bezug auf die Gerechtigkeitsdimension, die die Bevölkerung für die wichtigste hält, die Chancengerechtigkeit, sieht die Mehrheit mehrere Hebel, mit denen angesetzt werden könnte. Besonders viel versprechen sich die Bürger dabei von einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und von Maßnahmen, mit denen Schüler im Bildungssystem besser auf das Berufsleben vorbereitet werden. Auch eine bessere Förderung im Vorschulalter, kostenlose Betreuungsmöglichkeiten für alle Kinder unter drei Jahren und die Pflicht zum Kindergartenbesuch halten weite Bevölkerungskreise für vielversprechende Ansätze, um Chancengerechtigkeit voranzubringen. Darüber hinaus betrachten die Bürger vor allem ein ausreichendes Angebot an Studienplätzen und die Abschaffung der Studiengebühren als wichtige Maßnahmen. Relativ wenig verspricht sich die Bevölkerung dagegen von der Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems: Während 70 Prozent es als wichtig erachten, Schüler im Bildungssystem besser auf das Berufsleben vorzubereiten, und 44 Prozent eine bessere Durchlässigkeit des mehrgliedrigen Schulsystems für wichtig halten, in dem der Übergang auf eine höhere Schule für Schüler erleichtert wird, versprechen sich nur 29 Prozent etwas von der Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems.

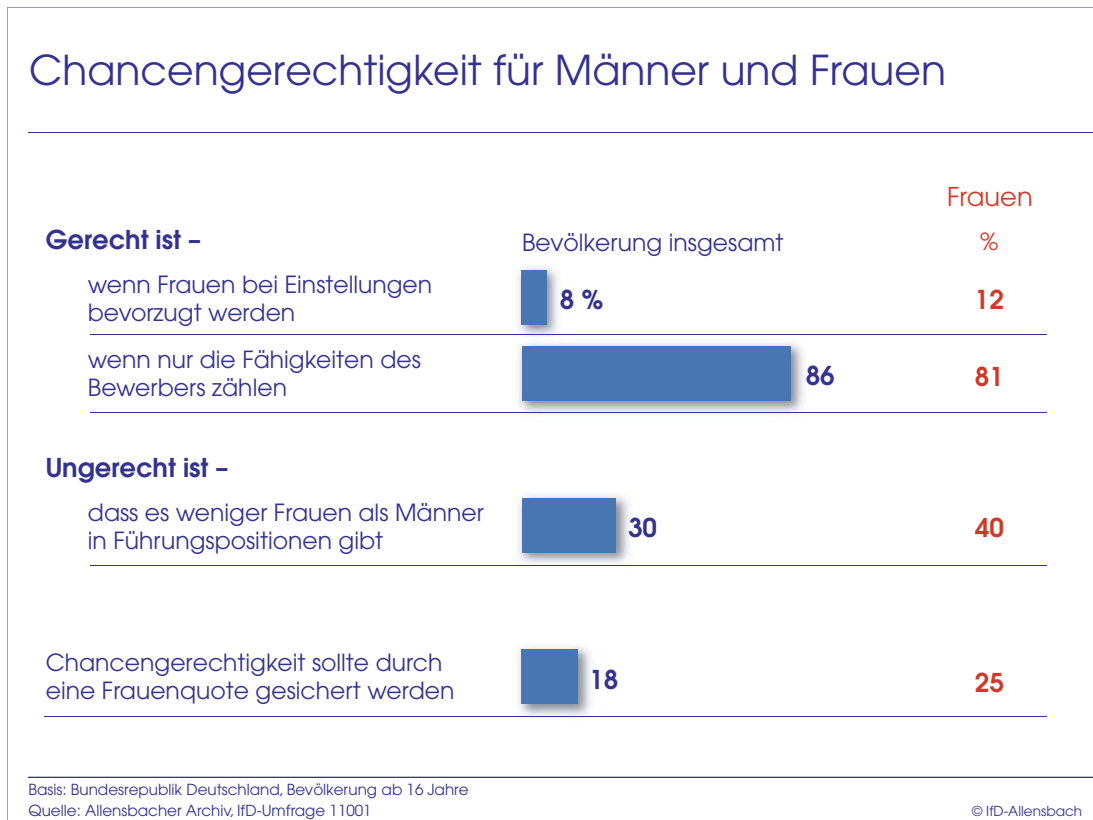
Noch niedriger rangiert eine bessere Förderung von Ausländern bzw. von Bevölkerungskreisen mit Migrationshintergrund. Generell misst die Bevölkerung dem Ziel einer besseren Integration von Personen mit Migrationshintergrund geringe Bedeutung bei. Dies zeigen auch die politischen Prioritäten der Bevölkerung, bei denen Integrationsziele immer weit unten rangieren. Anders ist dies allerdings, wenn konkrete Maßnahmen, wie beispielsweise verpflichtende Deutschkurse oder Kindergartenpflicht, zur Debatte gestellt werden. Hier hat man in der Regel breite Mehrheiten, die befürworten, die Integration auf diesen Wegen zu verbessern.



Von der Einführung einer Frauenquote für Spitzenpositionen verspricht sich die überwältigende Mehrheit dagegen keinen nennenswerten Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Insgesamt empfinden es 30 Prozent aller Bürger, 40 Prozent der Frauen, als ungerecht, dass es weniger Frauen als Männer in Führungspositionen gibt. Trotzdem hält es auch die überwältigende Mehrheit der Frauen nicht für sinnvoll, Frauen bevorzugt einzustellen oder eine Frauenquote für Spitzenpositionen in der Wirtschaft einzuführen. Lediglich 8 Prozent der Bevölkerung und auch nur 12 Prozent der Frauen halten es für gerecht, wenn Frauen bei Einstellungen bevorzugt werden, um ihnen mehr Chancen zu eröffnen. Die überwältigende Mehrheit, 86 Prozent aller Bürger, sieht dagegen Gerechtigkeit am besten gewahrt, wenn bei Neueinstellungen nur die Fähigkeiten des Bewerbers zählen, auch in der weiblichen Bevölkerung 81 Prozent. 18 Prozent der Bürger, 25 Prozent der weiblichen

Bevölkerung, halten es für wichtig, die Chancengerechtigkeit durch eine Frauenquote sicherzustellen.

Schaubild 20



In Bezug auf die Sicherung von Leistungsgerechtigkeit hält es die Bevölkerung vor allem für wichtig, das Abstandsgebot zu wahren, so dass Arbeit zu einem deutlich höheren Einkommen führt als die staatliche Unterstützung für Arbeitslose. Darüber hinaus versprechen sich die Bürger vor allem etwas von der Durchsetzung gleicher Entlohnung für die gleiche Leistung, von der flächendeckenden Einführung von Mindestlöhnen und einer Zuschussrente für Rentner, die viele Jahre gearbeitet haben und trotzdem nur eine geringe Rente erhalten. Darüber hinaus geht die große Mehrheit davon aus, dass auch die Bezahlung im öffentlichen Dienst stärker an Leistung ausgerichtet werden müsste, um Leistungsgerechtigkeit sicherzustellen. Ein Aspekt, der in der aktuellen politischen Diskussion eine große Rolle spielt, die

Abmilderung der Steuerprogression, wird interessanterweise nur von einer (großen) Minderheit für eine wichtige Maßnahme zur Sicherung von Leistungsgerechtigkeit eingestuft: Während 72 Prozent die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen für wichtig halten, versprechen sich nur 44 Prozent viel von einer Abmilderung der Steuerprogression. Dabei gibt es auch nur sehr begrenzte Unterschiede zwischen den verschiedenen Einkommensschichten.

Schaubild 21

Maßnahmen für mehr Leistungsgerechtigkeit	
Es halten für wichtig, um mehr Leistungsgerechtigkeit zu erreichen -	Bevölkerung insgesamt
	%
Wer arbeitet, sollte spürbar mehr verdienen als derjenige, der von staatlicher Unterstützung lebt	81
Gleiche Bezahlung für gleiche Leistung durchsetzen	73
Ein Mindesteinkommen für Arbeitnehmer sicherstellen	72
Eine Zuschussrente für Rentner einführen, die viele Jahre gearbeitet haben und trotzdem nur eine geringe Rente erhalten	70
Die Bezahlung auch im öffentlichen Dienst stärker an der Leistung orientieren	59
Die Steuerprogression abmildern	44

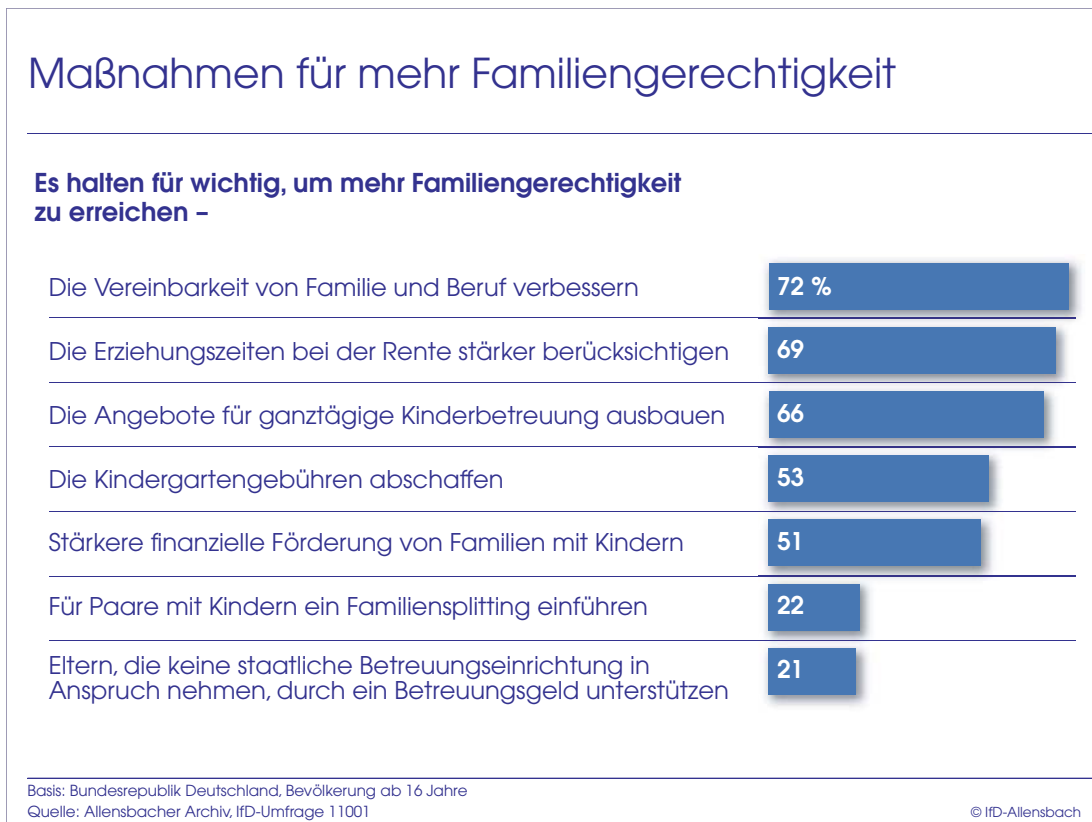
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11001

© IfD-Allensbach

In Bezug auf die Sicherung von Familiengerechtigkeit messen die Bürger einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine weitaus größere Bedeutung bei als einer stärkeren finanziellen Förderung von Familien mit Kindern. 72 Prozent halten es für besonders wichtig, zugunsten von mehr Familiengerechtigkeit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern; 66 Prozent nennen in diesem Zusammenhang auch den Ausbau der Angebote für die ganztägige Kinderbetreuung.

Gleichzeitig sollte jedoch auch die Erziehungsleistung von Frauen im Rentensystem stärker berücksichtigt werden: 69 Prozent aller Bürger halten dies für wichtig, um mehr Familiengerechtigkeit herzustellen. Dagegen steht die Mehrheit dem viel diskutierten staatlichen Betreuungsgeld skeptisch gegenüber. Während die große Mehrheit dafür plädiert, Erziehungszeiten bei der Rente stärker zu berücksichtigen, halten es nur 21 Prozent für eine wichtige Maßnahme zur Sicherung von mehr Familiengerechtigkeit, Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, durch ein Betreuungsgeld zu unterstützen. Dies ist allerdings keine generelle Absage an eine stärkere finanzielle Förderung von Familien mit Kindern, die 51 Prozent aller Bürger für wichtig halten, um mehr Familiengerechtigkeit zu erreichen.

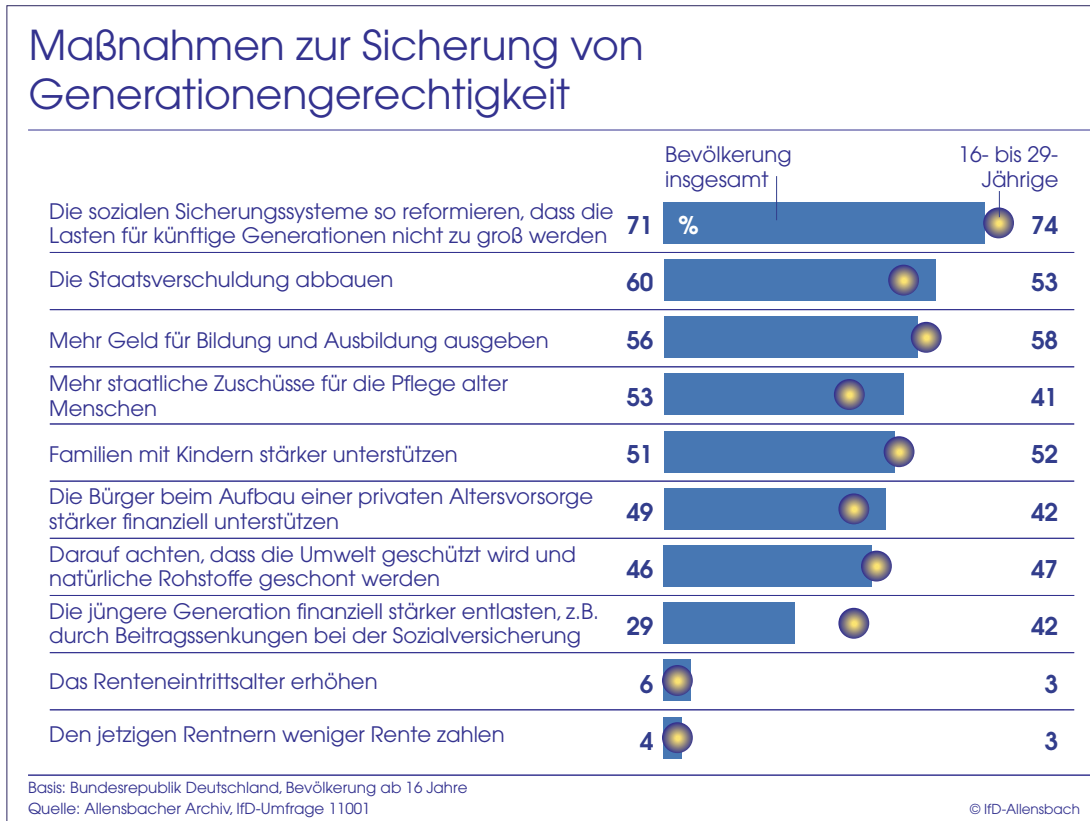
Familien gegenüber Kinderlosen steuerlich anders zu behandeln, entspricht den Gerechtigkeitsvorstellungen der überwältigenden Mehrheit. 80 Prozent halten es für gerecht, wenn Eltern steuerliche Vorteile gegenüber Kinderlosen haben, lediglich 10 Prozent finden es gerechter, wenn hier keine Unterschiede gemacht werden. Die steuerlichen Vorteile von Verheirateten gegenüber Unverheirateten werden ambivalenter gesehen: Knapp die Hälfte der Bürger hält dies für gerecht, während es den Gerechtigkeitsvorstellungen von 36 Prozent entspräche, Verheirateten keinerlei steuerliche Vorteile zu gewähren. Das immer wieder in die Diskussion gebrachte Familiensplitting wird bisher nur von einer kleinen Minderheit als eine Maßnahme eingestuft, die mehr Familiengerechtigkeit garantiert. Die Ergebnisse zeigen, wie stark die Bürger entlang der gewohnten Strukturen denken und votieren, denn ein Familiensplitting entspräche dem Ziel, dass Eltern steuerliche Vorteile gegenüber Kinderlosen haben sollten, weitaus mehr als das Ehegattensplitting.



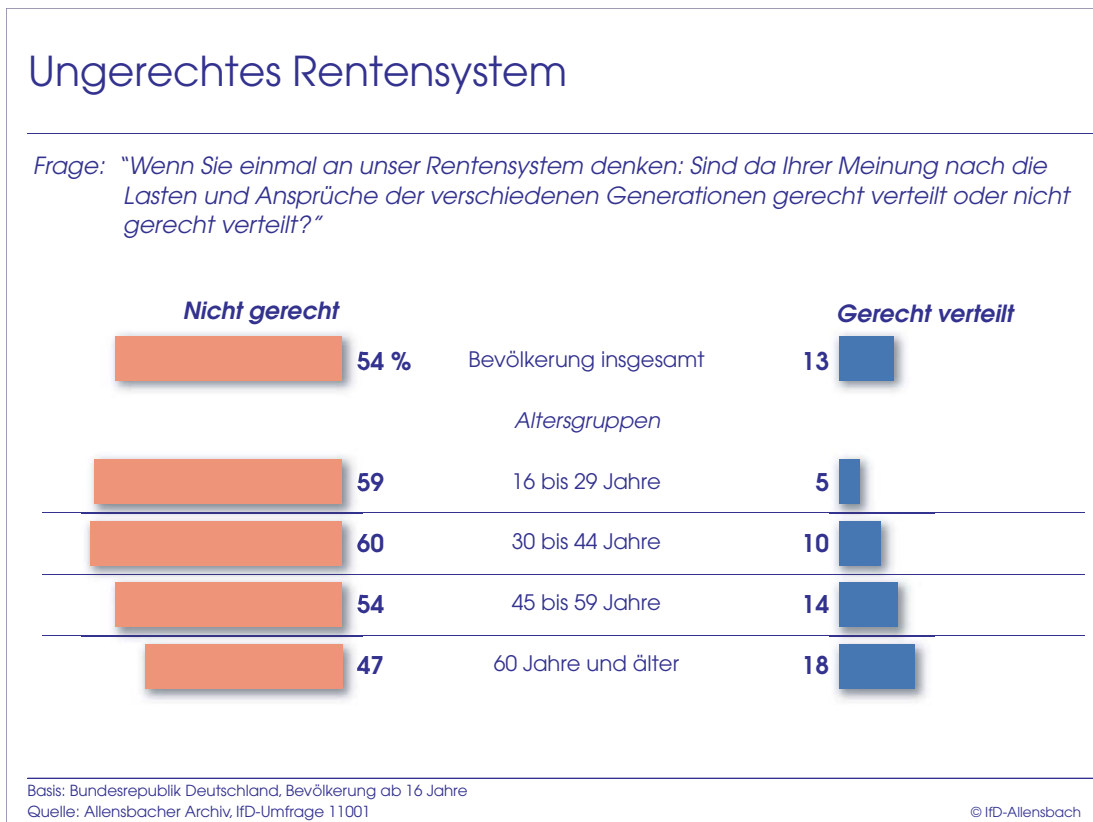
In Bezug auf die Sicherung von Generationengerechtigkeit halten es die Bürger vor allem für wichtig, die sozialen Sicherungssysteme so zu reformieren, dass die Lasten für künftige Generationen nicht zu groß werden. Darüber hinaus verspricht sich die Bevölkerung am meisten von einem Abbau der Staatsverschuldung und von mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung. Die stärkere Unterstützung von Familien mit Kindern wird auch unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit von der Mehrheit für wichtig gehalten, ebenso mehr staatliche Zuschüsse für die Pflege älterer Menschen. Auch die staatliche Unterstützung der Bürger beim Aufbau einer privaten Altersvorsorge ist aus der Sicht der Hälfte der Bevölkerung ein wichtiges Instrument, um mehr Generationengerechtigkeit zu erreichen. Darüber hinaus gehört auch der Aspekt der Ressourcenschonung für weite Bevölkerungskreise zu den Maßnahmen, die zugunsten von mehr Generationengerechtigkeit konsequent eingesetzt werden müssten. 46 Prozent halten es im Interesse der

Generationengerechtigkeit für wichtig, dass die Umwelt geschützt wird und die Rohstoffvorräte so weit wie möglich geschont werden.

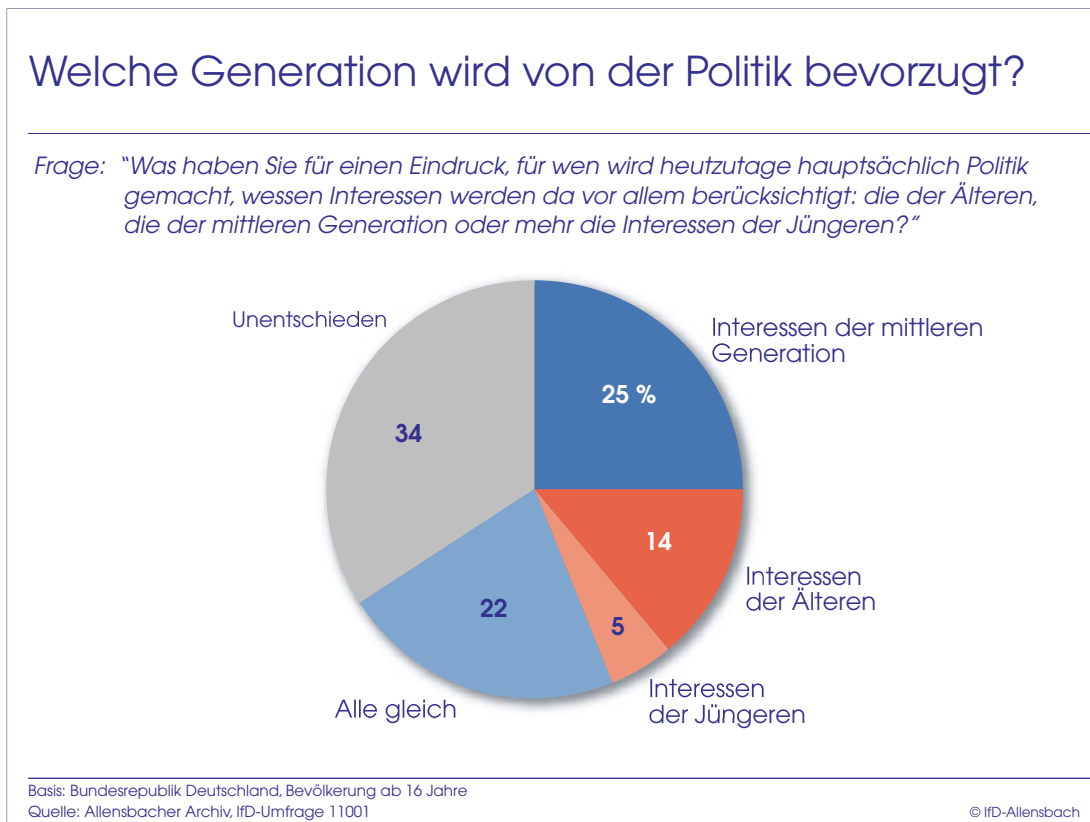
Dagegen verspricht sich nur eine Minderheit viel von einer finanziellen Entlastung der jüngeren Generation oder von finanziellen Opfern der heutigen Rentnergeneration. Nur 29 Prozent der Bürger erachten es im Zusammenhang mit Generationengerechtigkeit als eine wichtige Maßnahme, die jüngere Generation finanziell stärker zu entlasten, z. B. durch Beitragssenkungen bei der Sozialversicherung. Verschwindend gering ist der Anteil, der den jetzigen Rentnern Rentenkürzungen zumuten will, um den Ansprüchen künftiger Rentnergenerationen besser gerecht werden zu können. Lediglich 4 Prozent aller Bürger und auch nur 3 Prozent der Unter-30-Jährigen halten dies für eine geeignete Maßnahme. Ähnlich wenig hält die Bevölkerung von einer Erhöhung des Renteneintrittsalters. Nur 6 Prozent der Bevölkerung und 3 Prozent der Unter-30-Jährigen votieren dafür, im Interesse der Generationengerechtigkeit das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Insgesamt unterscheiden sich die Vorstellungen der verschiedenen Generationen, womit Generationengerechtigkeit am besten gesichert werden kann, nur wenig. Lediglich mehr staatliche Zuschüsse für die Pflege älterer Menschen wird von Älteren weitaus mehr befürwortet als von den Unter-30-Jährigen, umgekehrt die finanzielle Entlastung der jüngeren Generation überdurchschnittlich von den Unter-30-Jährigen.



Die Ergebnisse zeigen, dass von dem oft beschworenen Generationenkrieg keine Rede sein kann. Die Enkelgeneration verlangt weder von der älteren noch von der mittleren Generation große Opfer, um die eigenen Interessen besser zu wahren. Zwar sind die Unter-30-Jährigen mit großer Mehrheit der Überzeugung, dass in dem deutschen Rentensystem die Lasten und Ansprüche der verschiedenen Generationen nicht gerecht verteilt sind. Dies ist jedoch keineswegs eine spezifische Auffassung der jungen Generation, sondern wird genauso von der mittleren und in beträchtlichem Umfang auch von der älteren Generation gesehen. So kritisieren auch 54 Prozent der 45- bis 59-Jährigen und 47 Prozent der 60-Jährigen und Älteren, dass die Lasten und Ansprüche der verschiedenen Generationen im Rentensystem nicht gerecht verteilt seien.



Trotzdem werden Maßnahmen, die Opfer bestimmter Generationen verlangen, von keiner Generation in nennenswertem Umfang vertreten. Es gibt auch keineswegs einen Konsens oder auch nur eine Mehrheit bei der Einschätzung, ob eine bestimmte Generation von der Politik bevorzugt wird. 34 Prozent der Bürger trauen sich hier überhaupt kein Urteil zu, 22 Prozent haben den Eindruck, dass die Interessen aller Generationen gleichermaßen berücksichtigt werden. 44 Prozent diagnostizieren dagegen die Privilegierung einer bestimmten Generation. Die meisten gehen davon aus, dass sich die Politik primär an den Interessen der mittleren Generation orientiert, während nur 14 Prozent den Eindruck haben, dass sich die Politik primär an den Interessen der älteren Generation ausrichtet; ganze 5 Prozent sind überzeugt, dass die Interessen der jüngeren Generation dominieren. Interessanterweise unterscheidet sich die Einschätzung der verschiedenen Generationen hier nur wenig.



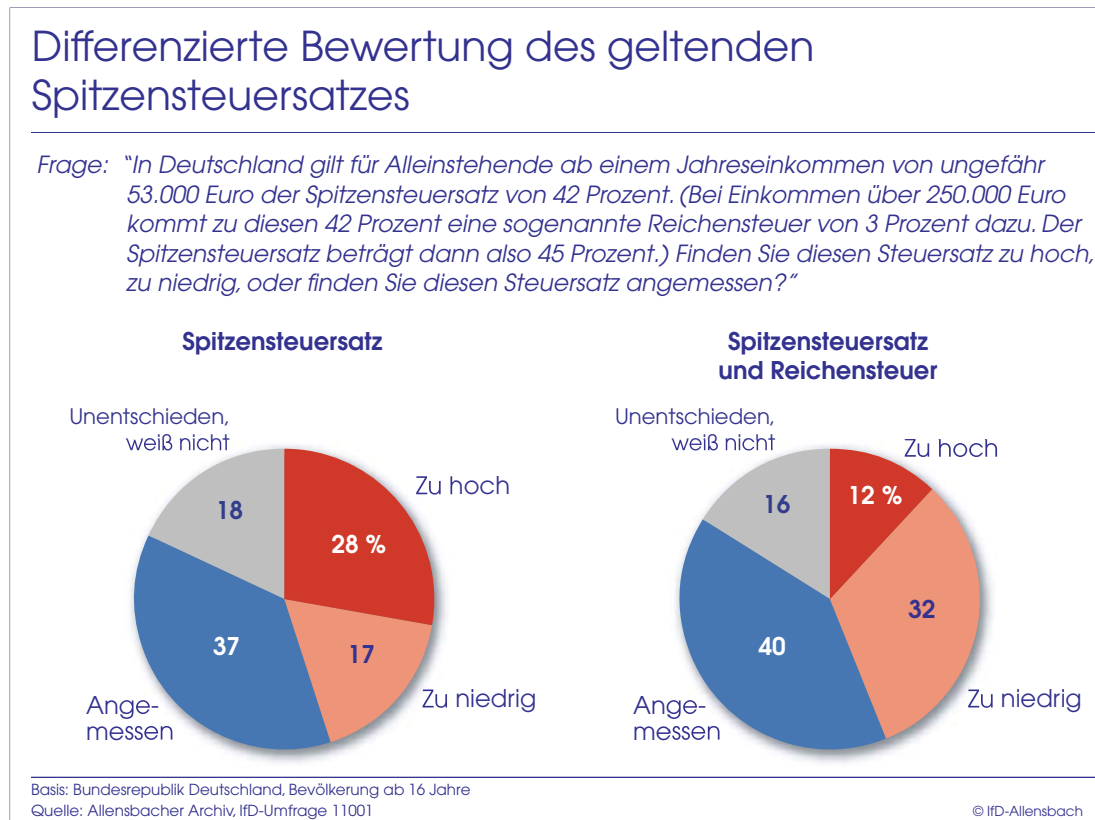
In Bezug auf Verteilungsgerechtigkeit versprechen sich die Bürger vor allem etwas von Maßnahmen, die es erschweren, Steuerlasten auszuweichen, sowie von einem flächendeckenden Mindesteinkommen. Drei Viertel der Bevölkerung halten diese Maßnahmen für besonders wichtig, um eine bessere Verteilungsgerechtigkeit sicherzustellen. Mit Abstand folgen eine stärkere Belastung von Unternehmen und den wohlhabenden Bevölkerungskreisen: 52 Prozent halten eine stärkere Besteuerung von Unternehmensgewinnen für eine wichtige Maßnahme, jeder Zweite auch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die Erbschaftssteuer sehen dagegen nur 19 Prozent als besonders geeignet an, um Verteilungsgerechtigkeit zu befördern. Auch bei der Bewertung dieser Maßnahmen gibt es keine gravierenden Unterschiede zwischen den sozialen Schichten.



Wenn im Zusammenhang mit dem Spitzensteuersatz darüber informiert wird, dass er für Alleinstehende ab einem Jahreseinkommen von ungefähr 53.000 Euro gilt und sich auf 42 Prozent beläuft, stuft ihn interessanterweise nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung als zu niedrig ein. 17 Prozent vertreten diese Auffassung, während 28 Prozent den Spitzensteuersatz als zu hoch bewerten, weitere 37 Prozent als angemessen. Wenn ergänzend informiert wird, dass bei Einkommen über 250.000 Euro der Spitzensteuersatz über die Reichensteuer um weitere 3 Prozent ansteigt, verändert sich die Bewertung des Spitzensteuersatzes. Auch dann hält die Mehrheit diesen Spitzensteuersatz für angemessen oder für zu hoch, immerhin 32 Prozent jedoch für zu niedrig. Dies zeigt, dass die Einkommensgrenzen, ab denen der Spitzensteuersatz gilt, das Urteil über die Höhe des Spitzensteuersatzes erheblich beeinflussen. Gleichzeitig zeigt die Einschätzung der Mehrheit jedoch, dass die

Forderungen nach einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes von vielen unterstützt werden, ohne dass sie über den derzeitigen Spitzensteuersatz informiert sind.

Schaubild 27



Insgesamt ist die große Mehrheit der Bürger überzeugt, dass das Steuersystem alles in allem eher zur Vergrößerung als zur Verringerung sozialer Unterschiede beiträgt. Obwohl sich die Kritik an der tatsächlichen oder vermeintlichen Ungerechtigkeit des Steuersystems in den letzten Jahren gravierend verringert hat, sind 73 Prozent überzeugt, dass das Steuersystem die sozialen Unterschiede vergrößert. Die erheblichen Umverteilungswirkungen, die durch die progressive Besteuerung erreicht werden, sieht die große Mehrheit nicht bzw. akzeptiert sie nicht als wirksames Mittel zur Verringerung sozialer Unterschiede. Auch diese Einschätzung

wird quer durch alle sozialen Schichten ähnlich vertreten, wie auch in allen politischen Lagern. Diese Einschätzung ist auch eine Erklärung, warum die Politik eher als Generator von Ungleichheit gilt und kaum als Motor des sozialen Ausgleichs.

Fazit

Die große Mehrheit der Bürger hat einen umfassenden, anspruchsvollen Gerechtigkeitsbegriff, der Chancen- und Leistungsgerechtigkeit genauso umfasst wie Familien- und Generationengerechtigkeit sowie Verteilungsgerechtigkeit. Die größte Bedeutung messen die Bürger der Chancengerechtigkeit bei. In allen Gerechtigkeitsdimensionen sehen die Bürger erheblichen Handlungsbedarf, gerade auch in Bezug auf Chancengerechtigkeit und die Förderung der Durchlässigkeit der deutschen Gesellschaft. Entsprechend ist die Politik mit hohen Erwartungen konfrontiert. Sie ist in den Augen der überwältigenden Mehrheit die Instanz, die am meisten zu mehr Gerechtigkeit beitragen kann und bleibt nach dem Urteil der Mehrheit hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Allensbach am Bodensee,

am 12. Februar 2013

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH